

Liebe Kommilitonen,

Einige Ereignisse und Vorfälle der letzten Tage und Wochen veranlassen den Vorstand, Sie über folgendes zu informieren, was sich in Bonn im Verband Deutscher Studentenschaft seit Oktober ereignet hat.

In der Tageszeitung 'Die Welt' Nr. 288 vom 11.12.61 lesen Sie auf Seite 2 unter der Überschrift 'Studenten erörtern politische Offensive' folgendes:

'Möglichkeiten, durch eine "politische Offensive" zu einer Lösung der deutschen Frage zu kommen, werden gegenwärtig in den Spitzen des Verbandes Deutscher Studentenschaften erörtert, wie der Vorsitzende des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Erlangen/Würzburg, Herz, berichtet.

Der Verzicht auf die deutschen Ostgebiete und die Anerkennung eines zweiten deutschen Staates werden als Verhandlungspunkte genannt, damit von den Sowjets das Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung Mitteldeutschlands erreicht werde.'

Der Regensburger Tagesanzeiger Nr. 289 vom 9./10.12.61 berichtet unter der Überschrift 'Deutsche Studentenschaft auf politischem Irrweg' von einer 'neuen politischen Konzeption' des VDS, die einem Verzicht auf die Wiedervereinigung, in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, in einem Austritt aus der NATO und ähnliches mehr bestehe. In einer Glosse 'Primitive Propaganda' derselben Ausgabe des Regensburger Tagesanzeiger wird der 1. Vorsitzender des VDS, Dr. Steer, der Propaganda für den Osten bezichtigt.

Die Gründe, die diese Tageszeitungen benutzen haben, diese Artikel zu veröffentlichen, sind folgende:

Der Vorstand des VDS war besonders nach dem 13. August zu der Überzeugung gelangt, dass die Verschärfung der weltpolitischen Lage und die Frage unseres deutschen Schicksals die Verantwortung jedes deutschen Studenten herausfordern müsse. Der Vorstand hat danach nach Mitteln und Wegen gesucht, um zunächst einmal die Diskussion zur

politischen Situation zu entfachen, entschlossen, zum gegebenen Zeitpunkt, die deutschen Studenten zu einer gemeinsamen Aktion aufzurufen.

Diese Überlegungen trug der Vorstand dem Delegiertenrat vor, der am 25./26.10.61 in Bonn tagte. Das Ziel, das sich der Vorstand gesetzt hatte, bestand darin, zum Nachdenken zu zwingen, um ggf. in der Breite der Studentenschaft eine Überprüfung unseres politischen Standortes zu erreichen. Der Vorstand zielte darauf ab, eine Diskussion zu entfachen, die vor allem in der Deutschland-Frage das Für und Wider sich anbietender Lösungsmöglichkeiten erörtern sollte, ohne von vornherein Tabus zu umgehen, in der festen Überzeugung, dass gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Flucht vor der Wirklichkeit sehr gefährlich sein könnte.

Der Delegiertenrat begann in der geschilderten Art die Diskussion, die hart und kompromisslos geführt wurde, die aber sowohl was die zeitliche Begrenzung wie die sachliche Fundierung anbelangte, lediglich ein erstes Beginnen eines angestrebten Gesprächs darstellte. Die Ergebnisse dieser Diskussion wurden schriftlich festgehalten und im Kurzprotokoll dieser Sitzung niedergelegt. Dieses Protokoll wurde den AstA zugesandt.

Bereits nach dieser Sitzung des Delegiertenrates ereignete es sich, dass das schriftlich niedergelegte Ergebnis der Diskussion dem Gesamtdeutschen Ministerium zugestellt wurde, mit dem Vermerk, der Inhalt des Konzepts stelle die 'neue politische Konzeption' des VDS dar. Damit war die erste Verwirrung gestiftet. Die Verwirrung wurde weiter getrieben als einige AstA, die aus dem Kurzprotokoll nicht klug werden konnten, nicht den Weg der Information über den Vorstand des VDS suchten, sondern damit in der einen oder anderen Weise an die Öffentlichkeit gingen.

So wandte sich der AstA Marburg an das Bundesministerium des Innern, an das Gesamtdeutsche Ministerium, an das Karlsruher Unteilbares Deutschland sowie an AstA einzelner Studentenschaften mit dem Hinweis, der VDS-Vorstand führe ganz finstere Dinge im Schilde.

Die Äußerungen des Vorsitzenden des VDS, Dr. Steer, die das Mißtrauen des ASTA's erweckten, sind:

Dr. Steer erklärte:

'Es sollte versucht werden, das Selbstbestimmungsrecht für Mittelddeutschland durch Angebote einzuhandeln. Anbieten sollte man den Verzicht auf die deutschen Ostgebiete und den Anspruch auf Deutschlands Einheit, ein Auseinanderbrechen der Blöcke in Mitteleuropa.

Der Vorstand äussert den Wunsch ein vom Delegiertenrat erarbeitetes Konzept zu diesen Fragen als Gesprächsgrundlage verwenden zu können. Das von der Arbeitsgruppe im Delegiertenrat erarbeitete Konzept hat folgenden Wortlaut:

Die Mißgriffe und das taktische Unvermögen der westlichen Verbündeten in ihrer Politik gegenüber den bündnisfreien Staaten werden in gleicher Weise der Bundesrepublik zur Last gelegt. Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, dass sowohl in der Deutschlandfrage als auch in der internationalen Politik neue Wege gefunden werden müssen, um gegenüber dem Kommunismus politisch offensiv zu werden. Nach wie vor bleibt die Forderung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Deutschen bestehen. Um dieses Ziel zu erreichen, bleibt für die Bundesrepublik Deutschland nur noch die Möglichkeit, auf die deutschen Ostgebiete zu verzichten, einen möglichen zweiten deutschen Staat auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts anzuerkennen und ihre Mitgliedschaft in der NATO aufzugeben.

In Zukunft werden der internationale Ausschuss und der gesamtdeutsche Ausschuss getrennt tagen, um für den Bereich des VDS die Vertretung der deutschen Interessen im internationalen Raum zu beraten.'

Wir bitten Sie, liebe Kommilitonen, zu den Äusserungen Dr. Steers und zu der daraus entstandenen Situation Stellung zu nehmen; in der Parlamentsitzung am 24.1.62 soll darüber eine Resolution verlesen werden, die mit Genehmigung des Parlamentes die offizielle Meinung der Studentenschaft der Technischen Hochschule wiedergeben soll.

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Paul

(Dieter Paul)

1. Vorsitzender